

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl. 2 illust. Beilagen) in der Expedition, bei unsern Posten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Nr. 116.

Sonnabend, den 2. Oktober

1897.

Amtstag

Donnerstag, den 7. Oktober 1897,

von Vormittags 11 Uhr an

im Amtsgerichtsgebäude zu Eibenstock.

Schwarzenberg, am 29. September 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Führ. v. Wirking.

Pr.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 flg. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Zwidaun im Monat August ds. Js. festgesetzte und um Fünftel vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen im Monat Septbr. d. J. an Militärpferde zur Verabreichung gelangende Marschfoursage beträgt: für 50 Ko. Hafer 3 M. 19 Pf., für 50 Ko. Heu 3 M. 94 Pf. und für 50 Ko. Stroh 3 M. 15 Pf.

Schwarzenberg, am 30. September 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Führ. v. Wirking.

Pr.

Das unterm 12. März 1883 hier ausgestellte Sparkasseneinlagebuch Nr. 432 wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 20. Mai 1897 andurch für ungültig erklärt.

Schönheide, am 28. September 1897.

Der Gemeinderath.

Am 4. Oktober 1897:

Jahrmarkt in Johannegeorgenstadt.

Bekanntmachung.

Am 30. September ds. Js. sind der 2. Einkommensteuer-, der 3. Land- und Landeskultursteuer-, sowie der 3. Wasserzinssterm für das Jahr 1897 fällig.

Mit dem 2. Einkommensteuertermin ist gleichzeitig zur Deckung des Aufwandes der Handels- und Gewerbekammer zu Plauen von den beteiligten Gewerbetreibenden ein Beitrag von zwei Pfennigen auf jede Mark desjenigen Steuerjahres für das Jahr 1897, welcher auf das im Einkommensteuercataster eingestellte Einkommen aus dem Handel und Gewerbe entfallen würde, mit einzuheden.

Es wird dies hiermit bekannt gegeben mit dem Bemerkten, daß zur Zahlung des Wasserzinses eine Frist bis zum 15. Oktober ds. Js. und zur Zahlung der Einkommensteuer und des Zuschlags für die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen eine Frist bis zum 21. Oktober ds. Js. nachgelassen ist, hiernach aber sofort mit der zwangsweisen Einziehung der etwaigen Reste vorgegangen wird.

Eibenstock, am 24. September 1897.

Der Rath der Stadt.

Beise.

Bg.

Bekanntmachung.

Unser diesjähriges Vereinsfest wird nächsten Sonntag, den 3. Oktober ds. Js. in der Gemeinde Schönheide abgehalten werden. Anfang des Gottesdienstes Nachm. 2 Uhr. Festprediger: Herr Pastor Thomas aus Aue. Nach der Predigt wird eine Kollekte zum Besten der Weidenmission gesammelt werden.

Am 4 Uhr Nachversammlung im Gasthose zum Schwan, in welcher Herr Missionar Just aus Dresden das Referat übernommen hat.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Eibenstock, den 28. September 1897.

Der Vorstand des Zweigvereins zur Förderung christl.

Liebeswerke Eibenstock u. Umgegend.

Böttich, P., 3. Vorsitzender.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ueber die zu gewärtigenden Marineforderungen bringt die „Nationalztg.“ die nachfolgenden Mittheilungen: „Nach unseren Informationen hat Admiral Tirpitz, als er aus Ostasien hier eintraf, verschiedene Pläne zur Flottenerneuerung vorgefunden, die er wesentlich reduziert hat; nachdem dies in Uebereinstimmung mit dem Oberkommando der Marine geschehen war, hat er sich mit dem Finanzminister von Miquel in Verbindung gesetzt und dessen Zustimmung sowie die der Reichsverwaltung erhalten. Die Grundzüge des Planes gehen über den Stand der Marine vom Anfang der achtziger Jahre, hinter dem wir jetzt vermöge der Verzögerungen im Erfolge wesentlich zurück sind, einigermaßen hinaus, da seitdem die Rücksicht auf die Kolonien und auf die Steigerung der sonstigen überseeischen Interessen hinzugekommen ist. Das Ziel bleibt gleichwohl eine kleine, aber eine leistungsfähige Flotte, die vermöge ihres Materials und ihrer Ausbildung auch einem zur See weit stärkeren Gegner Respekt einflößen kann. Es ist richtig, daß demgemäß zu Schiffbauten für das nächste Etatsjahr 50 Millionen Mark und für die folgenden Jahre bis 1906 jährlich 60 Millionen Mark verlangt werden sollen. Von den Zahlen, welche die Hollmann'sche „Niederschrift“ in Aussicht nahm, weicht dies nur wenig ab; der Durchschnitt der Verwendung der letzten Jahre ist allerdings nur etwa 46 Millionen Mark gewesen. Wenn von der künftigen Herstellung der Schiffe nach einem „einheitlichen Typ“ die Rede ist, so bezieht sich dies selbstverständlich nur auf die vorzugsweise so genannten „Panzerfahrer“ oder Schlachtschiffe. Die Panzerkreuzer werden nach wie vor Typen für sich bilden und ebenso die für den Schutz des Kaiser Wilhelm-Kanals bestimmten Schiffe der „Siegfried“-Klasse (Panzerfahrer IV. Klasse). Statt der bisherigen Panzerfahrer I. und III. Klasse ist ein einheitlicher Typ in Aussicht genommen, dessen Vorbild das jüngst vollendete Panzerfahrer „Kaiser Friedrich III.“ ist.

— Direkte Tarife für Petroleum sind der „Volkstz.“ zufolge zwischen Petromel am Kaspiischen Meere sowie von den Wolga-Abzweigungen nach den wichtigsten deutschen und niederländischen Stationen aufgestellt worden. Eine demnächst in Amsterdam zusammentretende Konferenz wird über die besonders wichtigen Ausfuhrtarife für russisches Petroleum nach Königsberg und Danzig Beschluß fassen. — Damit ist der Gefahr einer künstlichen Verschärfung der Petroleumpreise durch die amerikanischen Petroleum-Fürsten voraussichtlich gesteuert.

— Danzig, 27. Septbr. In Folge der zahlreichen Eisenbahnunfälle der jüngsten Zeit ist von dem Minister bekanntlich eine genaue Untersuchung der Verhältnisse auf den einzelnen Bahnhöfen angeordnet worden. Die Untersuchung hat sich auf die Diensttauglichkeit der Beamten und auf die Dauer ihrer Dienstzeit erstreckt und das Resultat gehabt, daß mehrere Beamte aus dem äußeren Dienste herausgenom-

men worden sind. Um diese Lücken auszufüllen, sind, wie die „Danziger Ztg.“ mittheilt, aus den Direktionsbezirken Königsberg, Danzig und Bromberg zwölf Stationsassistenten abkommandirt worden, welche am 1. Oktober sich in Mainz zur Dienstleistung melden sollen.

— In Spanien scheint man sich in den tonangebenden Kreisen gegen die Vermittelungsversuche der amerikanischen Regierung hinsichtlich der kubanischen Frage durch aus ablehnend zu verhalten. Nach einer Meldung der „Independence Belge“ aus Madrid erklärten mehrere konservative und liberale Politiker, welche über die Mission des Generals Woodford befragt wurden, einstimmig, daß Spanien niemals eine Intervention der Amerikaner in einer Angelegenheit zulassen würde, welche als eine rein interne anzusehen sei. Wenn die Regierung von Washington wirklich den Wunsch habe, daß dem Aufstand ein schnelles Ende bereitet werde, so genüge, daß sie das Völkerrecht respektive, indem sie die Freibeuter-Expeditionen von Amerika aus verhinere. Einer anderen Privatmeldung zufolge soll die Antwort Spaniens auf die jüngsten Vermittelungs-Vorschläge Amerikas bereits fertiggestellt sein und darin das betreffende Angebot höflich aber energisch abgelehnt werden, so lange die Aufständischen nicht die Waffen niedergelegt haben.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Dresden, 27. Septbr. Auf dem sächsischen Lehrertage hielt Staatsminister v. Seydewitz eine bemerkenswerthe Rede, der wir folgende Stelle entnehmen: „Die Zeit, in der wir leben, ist eine gewaltig ernste, eine Zeit heißer Kämpfe auf allen Gebieten; diese Zeit stellt auch an Ihre Amtsführung, meine Herren, erhöhte Ansprüche; ernste Selbstprüfung und eiserne Selbstucht ist gerade in Ihrem Stande von besonderer Wichtigkeit; es ist, um mit Luther zu reden, notwendig, daß „ein Jeder lerne sein' Lektion“, d. h., daß ein Jeder von Ihnen sich fest gründe auf Gottesfurcht und Gottvertrauen und festhalte an der Treue zu König und Vaterland! In diesem Sinne wollen wir miteinander arbeiten an der Ausbildung einer kommenden Generation; „dann wird“, um Luthers Wort weiter zu zitieren, „es wohl im Hause stahn!“

— Dresden, 28. Septbr. Die Generalversammlung des Allgemeinen Sächsischen Lehrervereins beschloß heute mit überwogender Stimmenmehrheit den Beitritt desselben zum Deutschen Lehrerverein. Die Versammlung war von 2400 Personen besetzt.

— Leipzig, 28. Septbr. Unter zahlreicher Beteiligung des Publikums ging gestern der Prozeß gegen die früheren Mitglieder des Streikkomitees der Maurer, gegen Berthold, Jacob und Ornth, vor sich. Aus der Menge der Zeugnisaussagen wollen wir nur die des Oberwachmeisters Förstner hervorheben, da sie interessante Einzelheiten über den Maurerstreik zu Tage förderte. Wohl kein Streik hat, so betonte der genannte Zeuge, so viel Gewaltthätigkeiten mit sich gebracht, wie der seit dem 16. Juni

dauernde Maurerstreik. Was die Organisation desselben anlangt, so ist dieselbe eine so umfassende, daß sich das Polizeiamt zu der Verordnung vom 2. Juli 1897 genöthigt sah, in welcher den Streikenden das Perumlungeln an den Bahnhöfen, der Promenade u. s. w. verboten wird, vorausgesetzt, daß es zu dem Zwecke geschieht, die zuziehenden Maurer zu belästigen. Zwar sei es wahr, daß von den Streikleitern am Schluß jeder Versammlung vor Ausschreitungen gewarnt werde, indessen sei diese Warnung nicht ernst zu nehmen, da doch gebuhet werde, daß die Arbeitswilligen von den Rednern in den Versammlungen beschimpft werden. Das übliche System, mit dem die Streikenden auf die Arbeitenden einzuwirken suchen, sei zunächst die gütliche Ueberredung, wenn diese nicht nuge, dann folge die Drohung, hierauf kämen wörtliche und thätliche Beleidigungen und schließlich die Mißhandlungen. Die übrigen Zeugnisaussagen ergaben von dem unter Anklage stehenden Punkten folgenden Thatbestand: Am 16. August erschien der Maurer Lehmann aus dem Streik-Bureau im „Pantheon“ und zeigte hier eine Annonce vor, laut deren der Maurerstreik in Leipzig zu Ende sei u. Maurer gesucht waren. Von Berthold wurde ihm bedrückt, daß das Schwindel sei. Ehe noch weitere Erklärungen erfolgten, wurde Lehmann von mehreren streikenden Maurern, die den Führern des Streikkomitees angeblich unbekannt waren, aus dem Geschäftszimmer hinausgedrängt und im Vorzimmer geschlagen. Der zweite unter Anklage stehende Vorfall, der den Angeklagten Berthold allein betrifft, trug sich am 9. August zu und bestand ebenfalls in einer sehr schweren Mißhandlung. Herr Staatsanwalt Dr. Groß führte in seinem Plaidoyer aus, daß den Arbeitern die Arbeitsniederlegung nicht verweigert werden könne, indessen stehe den Streikenden kein Recht zu, auf die Arbeitswilligen irgend einen Zwang auszuüben. Kein anderer Streik in Leipzig habe, wie schon erwähnt, so viele Rohheiten gezeitigt, wie der diesjährige Maurerstreik. Bei dem Ansehen, dessen sich die Mitglieder des Streikkomitees unter ihren Kameraden zu erfreuen hätten, wäre es diesen ein leichtes gewesen, sie vor der Begehung von Gefährlichkeiten abzuhalten. Als Mandatäre ihrer Berufsgenossen hätten sie unbedingt für Ordnung und Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften zu sorgen, sie hätten indessen nichts gethan, weil sie das Vorgehen der Streikenden billigten. Sie haben dadurch die Körperverletzung, die dem Maurer Lehmann zugefügt worden ist, gefördert. Ebenso sei Berthold der gefährlichen Körperverletzung überführt. Er beantragte die Bestrafung sämtlicher Angeklagten. Die Angeklagten Jacob und Ornth wurden hierauf wegen Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung zu je 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Berthold erhielt wegen Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung 6 Monate Gefängniß.

— Leipzig, 29. September. Die Berichterstatter hiesiger Zeitungen, die dem Sedankommers des Aldeutschen Verbandes am 2. September beimohnten, sind in Sachen des verhafteten Redakteurs Hofert in Eger zur Vernehmung vor das hiesige königliche Amtsgericht geladen worden. Be-